Amtsblatt

für das Amt Britz-Chorin-Oderberg

6. Jahrgang

Britz, den 19. Dezember 2014

Ausgabe 12/2014

Inhaltsverzeichnis der öffentlichen Bekanntmachungen

1. 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz Seite 2
2. Öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse der Gemeindevertretung der Gemeinde Britz vom 24.11.2014..... Seite 8
3. Öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse der Gemeindevertretung der Gemeinde Liepe vom 02.12.2014 Seite 9
4. Öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oderberg vom 12.11.2014 Seite 9
5. Bauabgangsstatistik 2014 des Landes Brandenburg..... Seite 10
6. Öffentliche Bekanntmachung des Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung zur Unternehmensflurbereinigung Wriezen – Bad Freienwalde, B 167 n Seite 10

IMPRESSUM

Amtsblatt für das Amt Britz-Chorin-Oderberg

Herausgeber: Amt Britz-Chorin-Oderberg
Der Amtsdirektor
Eisenwerkstraße 11, 16230 Britz

Telefon: (03334) 4576-0
Telefax: (03334) 4576-50

Druck: Heimatblatt Brandenburg Verlag GmbH
Panoramastraße 1, 10178 Berlin

Bezugsmöglichkeiten: Das Amtsblatt für das Amt Britz-Chorin-Oderberg erscheint in ausreichender Auflage nach Bedarf.
Das Amtsblatt für das Amt Britz-Chorin-Oderberg wird kostenlos an die erreichbaren Haushalte im Amtsbereich verteilt.

Das Amtsblatt für das Amt Britz-Chorin-Oderberg ist unter der Internetadresse www.britz-chorin-oderberg.de nachlesbar.

Abonnements bzw. Nachbestellungen, auch außerhalb des Verbreitungsgebietes, sind zum jeweils gültigen Abo- und Postbezugspreis beim Heimatblatt Brandenburg Verlag GmbH, Panoramastraße 1, 10178 Berlin möglich.

– **Amtliche Bekanntmachungen** –

**1. Änderungssatzung
zur Satzung zur Erhebung von Gebühren
für die Nutzung der Gemeinderäume
der Gemeinde Britz**

Aufgrund der §§ 3 Abs. 1 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgK-Verf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19, S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, Nr. 32) und den §§ 1, 2 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, Nr. 08, S.174), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, Nr. 32) hat die Gemeindevertretung Britz am 24. November 2014 folgende 1 Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz beschlossen;

**§ 1
Geltungsbereich**

Diese Satzung gilt für die Gemeinderäume in der Gemeinde Britz Gemeinderäume im Sinne dieser Satzung sind:

- Heimatstube, Joachimsthaler Straße 6,
- Haus des Lebens, Lebensraum inklusive Barbereich und Küche, Weberstraße 4 (nach Fertigstellung des Objektes).

**§ 2
Gegenstand der Gebühr**

Für die Nutzung der Gemeinderäume und des in ihnen befindlichen Inventars wird eine Benutzungsgebühr erhoben. Die Vermietung der Räume erfolgt nur als Ganzes.

**§ 3
Gebührenpflichtiger**

Zur Zahlung der Benutzungsgebühr ist verpflichtet, auf dessen Antrag die Gemeinderäume zur Nutzung bereitgestellt werden. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

**§ 4
Antragstellung**

- (1) Der Antrag auf Nutzung eines Gemeinderäumens ist spätestens zwei Wochen vor dem geplanten Nutzungstermin schriftlich beim Bürgermeister einzureichen. Bei der Antragstellung sind die Räumlichkeit, der Nutzungszweck, die Teilnehmerzahl, Nutzungsdauer und der Verantwortliche anzugeben. Hierfür ist der Vordruck (Anlage 1) zu verwenden.
- (2) Mit Abschluss einer Nutzungsvereinbarung (Anlage 2) zwischen der Gemeinde und dem Antragsteller gilt die Genehmigung als erteilt.

**§ 5
Entstehung der Gebührenpflicht**

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht sofort mit Erteilung der Genehmigung zur Nutzung der Gemeinderäume.
- (2) Die Pflicht zur Zahlung der Gebühr in der in § 8 genannten Höhe besteht auch für den Fall, dass der Gebührenpflichtige den auf dessen Antrag bereitgestellten Gemeinderäum nicht oder nur teilweise, d. h. zum Beispiel keinen vollen Kalendertag nutzt.
- (3) Die kostenfreie Rücknahme eines Nutzungsantrages ist bis vier Wochen vor Nutzungstermin möglich. Erfolgt die Rücknahme des Antrages innerhalb der vier Wochen vor Nutzungstermin entsteht eine Stornogebühr in Höhe von 50,00 €.
- (4) Ist dem Gebührenpflichtigen die Nutzung des Gemeinderäumens aus zwingendem Grund nicht möglich, wird die gesamte Gebühr erstattet. Über das Vorliegen eines zwingenden Grundes entscheidet der Bürgermeister oder bei seiner Abwesenheit sein Stellvertreter oder Bevollmächtigter (nachfolgend Bürgermeister genannt).

**§ 6
Befreiung von der Gebühr**

- (1) Ehrenbürgern der Gemeinde Britz stehen die Gemeinderäume zweimal pro Kalenderjahr zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung.
- (2) Von der Gebührenpflicht befreit sind im Weiteren die Gemeindevertretung und deren Ausschüsse, der Amtsausschuss, dessen Ausschüsse und die Amtsverwaltung.
- (3) Eingetragene Vereine der Gemeinde Britz sind berechtigt, die Räumlichkeiten für Vereinsversammlungen wie Mitgliederhauptversammlungen, nicht jedoch Feste oder Feiern, unentgeltlich zu nutzen.
- (4) Die in Absatz 1, 2 und 3 von der Gebührenpflicht Befreiten haben auf ihre Kosten die Reinigung der von ihnen genutzten Räume vorzunehmen. § 9 gilt entsprechend.

**§ 7
Fälligkeit und Zahlung der Gebühr**

Die Gebühr für die Nutzung der gemeindlichen Räume wird mit Antragsgenehmigung fällig und ist durch einen Einzahlungsbeleg nachzuweisen.

Kontoinhaber:	Gemeinde Britz
IBAN:	DE73 1705 2000 2070 0000 04
BIC:	WELADED1GZE
Kreditinstitut:	Sparkasse Barnim
Verwendungszweck:	Nutzung/Objekt/Datum

– Amtliche Bekanntmachungen –**§ 8
Höhe der Gebühr**

- (1) Die Gebühr für die Nutzung der Gemeinderäume durch Bürger der Gemeinde Britz beträgt je Veranstaltung 150,00 €, Als Veranstaltung gilt der Zeitraum zwischen 12:00 Uhr des Tages, an dem die Nutzung beginnt und 12:00 Uhr des folgenden Tages.
- (2) Die Gebühr für die Nutzung der Gemeinderäume durch eingetragene Vereine der Gemeinde Britz für Feiern und anderwertige festliche Veranstaltungen beträgt je Veranstaltung 100,00 €.
- (3) Mitglieder des Vereins FSV Fortuna Britz 90 e. V. zahlen ausschließlich für die Nutzung des „Haus des Lebens“ je Veranstaltung 120,00 €. Auf dem Antrag ist die Mitgliedschaft durch den Verein zu bestätigen.
- (4) In den Benutzungsgebühren für die Gemeinderäume sind die Betriebskosten (wie z. B. Strom, Wasser) enthalten.

**§ 9
Übergabe der Räume**

- (1) Die Übergabe der Gemeinderäume erfolgt mit Übergabe bzw. Rückgabe der Schlüssel an den/vom Nutzer bzw. dessen Beauftragten durch/an den Bürgermeister bzw. eine durch ihn beauftragte Person.
- (2) Vor und nach der Nutzung werden die Räume durch den Bürgermeister bzw. eine durch ihn beauftragte Person und den Nutzer besichtigt und bestehende Mängel protokolliert.
- (3) Die Beräumung der Räumlichkeiten ist durch den Nutzer bis um 12:00 Uhr des der Nutzung folgenden Tages vorzunehmen und die Räume sind besenrein zu hinterlassen.
- (4) Genutztes Geschirr und Inventar ist zu reinigen und die vorgefundene Tisch- und Stuhlordnung wieder herzustellen.

- (5) Wird die in Absatz 3 genannte Ordnung nicht bzw. nicht ordnungsgemäß innerhalb der von der Gemeinde festgesetzten Frist hergestellt, wird dies im Rahmen der Ersatzvornahme auf Kosten des Nutzers durch die Gemeinde vorgenommen.

**§10
Haftung**

- (1) Eine Aufrechnung durch den Gebührenpflichtigen gegen Forderungen seinerseits gegenüber der Gemeinde ist ausgeschlossen.
- (2) Ein Verwahrungsvertrag für vom Nutzer eingebrachte Waren kommt weder durch die Nutzung der Gemeinderäume noch durch die Entrichtung der Gebühr zustande.
- (3) Für die Nutzung der Räume, sowie für gestohlene und verlorene Gegenstände jeglicher Art übernimmt die Gemeinde keine Haftung.
- (4) Der Nutzer haftet gegenüber der Gemeinde für Schäden, die durch den unsachgemäßen Gebrauch der Gemeinderäume, des Inventars und der Außenanlagen entstehen.

**§ 11
Inkrafttreten**

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2015 in Kraft.

Britz, den 04.12.2014

*Ulrich Hehenkamp
Amtsdirektor*

– Amtliche Bekanntmachungen –

**Anlage 1 zur 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Gebühren
für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz vom 19.12.2014**

Gemeinde Britz
- Bürgermeister -

16230 Britz

Antrag auf Nutzung von Gemeinderäumen

1. Antragsteller:

Verein/ Gremium/ Institution

Privatperson

Verein/Gremium/Institution:

Vorname, Name:

Straße:

Wohnort:

Telefon:

2. Es wird die Nutzung für folgenden Gemeinderaum beantragt:

Anschrift des Objektes:

Nutzungszweck:

Teilnehmerzahl:

Nutzungsdauer:

(Tag, Uhrzeit)

Nutzungsturnus:

(Zeitraum, Wochentag, Uhrzeit)

3. Bestätigung der Mitgliedschaft gemäß §8 Abs. 3:

Der Antragsteller ist Mitglied im FSV Fortuna Britz 90 e. V.

Ort/ Datum

Unterschrift Vereinsvorstand

4. Die Nutzungsbedingungen gemäß der gültigen Satzung einschließlich der Hausordnung für die Gemeinderäume in der Gemeinde Britz werden anerkannt.

Ort/ Datum

Unterschrift des Antragstellers

Ort/ Datum

Zustimmung des ehrenamtl. Bürgermeisters

– Amtliche Bekanntmachungen –

Anlage 2 zur 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz vom 19.12.2014

Nutzungsvereinbarung

zwischen

der Gemeinde Britz

vertreten durch die Amtsverwaltung des Amtes Britz-Chorin-Oderberg,
Fachdienst Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung, Eisenwerkstraße 11, 16230 Britz

und

Name, Vorname: _____

Straße: _____

Postleitzahl, Ort: _____

Telefon: _____

(nachfolgend Nutzer genannt)

Es wird Folgendes vereinbart:

1. Die Gemeinde Britz vermietet an den Nutzer auf Grund der vorliegenden Antragstellung den Gemeinderaum:

16230 Britz

Ort _____ Straße _____

Zeitraum, Wochentag, Uhrzeit _____ Veranstaltung _____

2. Der Bürgermeister bzw. eine durch ihn beauftragte Person übergibt den Raum an den Nutzer in einem einwandfreien und sauberen Zustand. Die Schlüsselübergabe erfolgt

am

3. Der Nutzer verpflichtet sich, den Raum nur für den angegebenen Zweck zu nutzen. Durch den Nutzer ist die allgemein übliche Ruhe und Ordnung gegenüber der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Bei eventuellem Überschreiten der Sperrzeit ist durch den Nutzer die Sperrzeitverkürzung bei der Amtsverwaltung des Amtes Britz-Chorin-Oderberg, Fachdienst Bürgerservice/Ordnung, zu beantragen. Durch den Nutzer werden die Bestimmungen der Hausordnung anerkannt. Der Nutzer garantiert, dass der Raum und die Sanitäranlagen besenrein

am

– Amtliche Bekanntmachungen –**Anlage 2** zur 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz vom 19.12.2014

gemeinsam mit dem Schlüssel an den Bürgermeister übergeben wird. Es ist zu beachten, dass das genutzte Geschirr und Inventar zu reinigen und die vorgefundene Tisch- und Stuhlordnung wieder herzustellen ist.

4. Der Nutzer entrichtet eine Nutzungsgebühr in Höhe von

..... €.

Berechnungsgrundlage: § 8 Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz

Die Gebührenpflicht entsteht sofort bei Abschluss der Nutzungsvereinbarung.

Die Nutzungsgebühr ist auf das Konto:

Kontoinhaber:	Gemeinde Britz
IBAN.:	DE73 1705 2000 2070 0000 04
BIC:	WELADED1GZE
Kreditinstitut:	Sparkasse Barnim
Verwendungszweck:	Nutzung/ Objekt/ Datum

eininzahlen.

5. Für die Nutzung der Räume sowie für gestohlene und verlorene Gegenstände jeglicher Art übernimmt die Gemeinde keine Haftung. Der Nutzer haftet gegenüber der Gemeinde für Schäden, die durch den unsachgemäßen Gebrauch der Gemeinderäume, des Inventars und der Außenanlagen entsteht.
6. Änderungen, Zusätze und/oder abweichende Regelungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Ort, Datum:

– Amtliche Bekanntmachungen –

Anlage 2 zur 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz vom 19.12.2014

Name

Nutzungszeitraum

Übergabeprotokoll

Am wurde die Übergabe des Nutzungsgegenstandes durchgeführt.

- Es gab keine Beanstandungen.
- Es gab folgende Beanstandungen:

Bürgermeister
bzw. eine durch ihn beauftragte Person

Nutzer

Rücknahmeprotokoll

Am wurde die Rücknahme des Nutzungsgegenstandes durchgeführt.

- Es gab keine Beanstandungen.
- Es gab folgende Beanstandungen:

Bürgermeister
bzw. eine durch ihn beauftragte Person

Nutzer

– Amtliche Bekanntmachungen –**Bekanntmachungsanordnung**

Die 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz, beschlossen in der öffentlichen Sitzung am 24.11.2014 wird im Amtsblatt für das Amt Britz-Chorin-Oderberg, 6. Jahrgang, Ausgabe Nr. 12/2014 am 19.12.2014 öffentlich bekannt gemacht.

Britz, den 04.12.2014

*Ulrich Hehenkamp
Amtdirektor*

**Öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse
der Gemeindevertretung der Gemeinde Britz vom 24.11.2014****Öffentlicher Teil:****Beschluss-Nr.: BR-074/2014****1. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde**

Die Gemeindevertretung Britz beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz.

Die Veröffentlichung der Änderungen soll in Form einer Neuveröffentlichung des gesamten Satzungstextes der „Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Gemeinderäume der Gemeinde Britz“ erfolgen.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: BR-075/2014**Grundsatzbeschluss zur Veräußerung des Grundstückes Joachimsthaler Straße 6 „Heimatstube“ – Gemarkung Britz, Flur 3, Flurstück 5**

Die Gemeindevertretung Britz beabsichtigt, das Grundstück Joachimsthaler Straße 6 in 16230 Britz – Gemarkung Britz, Flur 3, Flurstück 5 – mit einer Grundstücksgröße von 3.763 m² zu veräußern. Durch die Amtsverwaltung ist zunächst ein Verkehrswertgutachten in Auftrag zu geben. Nach Vorlage des Gutachtens wird die Gemeindevertretung über die weitere Verfahrensweise entscheiden.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: BR-076/2014**Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Gemeinde Britz für das Haushaltsjahr 2015**

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015.

Zur rechtzeitigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit wird auf der Grundlage des § 76 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) der Rahmen für Kassenkredite auf 500.000 EUR festgesetzt.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: BR-077/2014**Beschluss über eine außerplanmäßige Ausgabe aus dem Haushalt 2014 zur Beschaffung von Tablets für den digitalen Sitzungsdienst**

Die Gemeindevertretung Britz beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.300 € für die Beschaffung von 13 Tablets für den digitalen Sitzungsdienst.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: BR-078/2014**Vorschlag der Gemeinde Britz für den Vorstand des Wasser- und Bodenverbandes „Finowfließ“**

Die Gemeindevertretung beschließt, Herrn Robby Lange, Am Grund 20, 16230 Britz für den Vorstand des Wasser- und Bodenverbandes „Finowfließ“ vorzuschlagen

– Beschluss angenommen

Nichtöffentlicher Teil:**Beschluss-Nr.: BR-060/2014****Verkauf eines Grundstückes –****Gemarkung Britz, Flur 2, Flurstück 460/0.0, 5230 m²**

Die Gemeindevertretung Britz beschließt, das o. g. Grundstück nicht zu veräußern.

– Beschluss nicht angenommen

Beschluss-Nr.: BR-070/2014**Verkauf einer ca. 669 m² großen Teilfläche aus dem Flurstück 374/6, Flur 3 Gemarkung Britz**

Die Gemeindevertretung Britz beschließt, das o. g. Grundstück zu veräußern.

– Beschluss angenommen

– Amtliche Bekanntmachungen –

Öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse der Gemeindevertretung der Gemeinde Liepe vom 02.12.2014

Öffentlicher Teil

Beschluss-Nr.: LI-042/2014

Vereinsförderung der Gemeinde Liepe 2014

In Umsetzung des Beschlusses LI-27/2013 gewährt die Gemeindevertretung Liepe aus ihrem Haushalt 2014 dem örtlich eingetragenen Verein „SG 49 Liepe e.V.“ einen zweckgebundenen Zuschuss für die Finanzierung der Betriebskosten 2014 in Höhe von 500,00 EUR.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: LI-044/2014

Anhörung Aufhebung der Entschädigungssatzung – weitere Verfahrensweise

Die Gemeindevertretung Liepe beschließt die Beauftragung der Rechtsanwaltskanzlei Zarzycki & Hornauf, Frankfurt (Oder), die Gemeinde Liepe im weiteren Verfahren zur Aufforderung des Landkreises Barnim vom 28.10.2014 zur Aufhebung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Liepe, Beschluss vom 08.04.2014, zu beraten und vertreten.

– Beschluss angenommen

Nichtöffentlicher Teil

Beschluss-Nr.: LI-040/2014

Verkauf eines bebauten Grundstückes – Brodowiner Str. 2, Fl. 2-228/0.0, Gemarkung Liepe, Größe: 2.521 m²

Die Gemeindevertretung Liepe beschließt, das Flurstück 228/0.0 der Flur 2 in der Gemarkung Liepe zu veräußern.

– Beschluss abgelehnt

Beschluss-Nr.: LI-041/2014

Verkauf eines bebauten Grundstückes – Karl-Liebknecht-Str. 29, Fl. 3-50/0.0, Gemarkung Liepe, Größe: 607 m²

Die Gemeindevertretung Liepe beschließt, das Flurstück 50/0.0 der Flur 3 in der Gemarkung Liepe zu veräußern.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: LI-041/2014

Verkauf eines bebauten Grundstückes – Ernst-Thälmann-Str. 35, Fl. 1-585/0.0, Gemarkung Liepe, Größe: 1.420 m²

Die Gemeindevertretung Liepe beschließt, das Flurstück 585/0.0 der Flur 1 in der Gemarkung Liepe zu veräußern.

– Beschluss angenommen

Öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oderberg vom 12.11.2014

Öffentlicher Teil

Beschluss-Nr.: OD-053/2014

Ermittlung eines gemeindlichen Einvernehmens zur Baumaßnahme „Asylbewerberheim“ Hermann-Seidel-Straße

Die Stadt Oderberg versagt nach § 36 BauGB ihr Einvernehmen für das beantragte Vorhaben „Neubau eines Asylbewerberheimes“, Oderberg, Hermann-Seidel-Straße, Flur 8, Flurstück 738.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: OD-058/2014

Vergabe der Leistungen für die Straßenreinigung und den Winterdienst in der Stadt Oderberg

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oderberg beschließt, auf der Grundlage der beschränkten Ausschreibung sowie des Submissionsergebnisses vom 26.09.2014, für die Durchführung von Winterdienst und Straßenreinigung in der Stadt Oderberg dem wirtschaftlichsten Anbieter, der Firma Kommunal- & Industrieservice GmbH Eberswalde, Walzwerkstraße 1, 16227 Eberswalde, den Zuschlag zu erteilen. Der Vertrag wird für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2015 geschlossen. Er verlängert sich jeweils um ein weiteres Kalenderjahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Vertragsdauer von einem der Vertragspartner gekündigt wird.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: OD-059/2014

Vergabeentscheidung für den „Ersatzneubau KITA Oderberg“ in Modulbauweise, Los 2 Erdarbeiten und Fundamente/Genehmigung einer Eilentscheidung

Die Stadtverordnetenversammlung Oderberg genehmigt die vorstehende durch den Amtsdirektor im Benehmen mit dem Bürgermeister der Stadt Oderberg getroffene Eilentscheidung über die Vergabe der Erdarbeiten und Fundamente für den Ersatzneubau der KITA Oderberg.

– Beschluss angenommen

Beschluss-Nr.: OD-061/2014

Aufforderung des Landkreises zur Aufhebung der Entschädigungssatzung/weitere Verfahrensweise

Die Stadtverordnetenversammlung Oderberg beauftragt die Rechtsanwaltskanzlei Zarzycki & Hornauf, Frankfurt (Oder), die Stadt Oderberg in diesem Verfahren zu beraten und zu vertreten.

– Beschluss angenommen

– Amtliche Bekanntmachungen –

Bauabgangsstatistik 2014 – Land Brandenburg

Das Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz – HBauStatG) regelt, dass für den Abbruch von Wohngebäuden auch die Eigentümer zur Auskunft verpflichtet sind.

Mit Ihren Angaben sichern Sie die Aktualität der jährlichen Fortschreibung des Wohnungs- und Wohngebäudebestandes für Ihre Gemeinde.

Melden Sie bitte deshalb als *Eigentümer*

- **den Abbruch von Wohngebäuden bis 1000 m³ umbauten Raum,**
- **den Abgang von Gebäudeteilen mit Wohnraum (Wohnräume, Wohnungen)**
- **die Nutzungsänderung von Wohnraum**

an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Die Erhebungsunterlagen liegen für Sie kostenfrei bei Ihrem Amt, Ihrer amtsfreien Gemeinde bzw. kreisfreien Stadt bereit.

Außerdem ist der Erhebungsbogen online abrufbar unter:

www.statistik-bw.de/baut/html/

Beachten Sie bitte, dass der Abbruch von Wohngebäuden mit mehr als 1000 m³ umbauten Raum bei der zuständigen Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen ist.

In diesen Fällen reichen Sie bitte den ausgefüllten Erhebungsbogen zur Bauabgangsstatistik nur bei der Bauaufsichtsbehörde ein.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Öffentliche Bekanntmachung des Landesamtes für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Unternehmensflurbereinigung Wriezen – Bad Freienwalde, B 167 n Verfahrensnummer: 3001 I

Schlussfeststellung

Im Flurbereinigungsverfahren Wriezen – Bad Freienwalde, B 167 n, wird gemäß § 149 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)¹ die Schlussfeststellung erlassen und folgendes festgestellt:

Die Ausführung des Flurbereinigungsplanes einschließlich seiner 3 Nachträge ist bewirkt. Den Beteiligten stehen keine Ansprüche mehr zu, die im Flurbereinigungsverfahren hätten berücksichtigt werden müssen.

Die öffentlichen Bücher sind berichtigt.

Die Aufgaben der Teilnehmergeinschaft sind abgeschlossen. Damit erlischt die Teilnehmergeinschaft des Flurbereinigungsverfahrens Wriezen – Bad Freienwalde als Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß § 149 Abs. 4 FlurbG. Es erlöschen auch die Rechte und Pflichten des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft für das o. g. Verfahren.

Das Flurbereinigungsverfahren ist mit der Zustellung der unanfechtbaren Schlussfeststellung an die Teilnehmergeinschaft beendet,

Gründe

Der Abschluss des Flurbereinigungsverfahrens durch die Schlussfeststellung ist sachlich gerechtfertigt. Der Flurbereinigungsplan einschließlich seiner 3 Nachträge wurde in allen Teilen ausgeführt. Insbesondere ist das Eigentum an den neuen Grundstücken auf die im Flurbereinigungsplan genannten Beteiligten vollständig übergegangen.

Die gemeinschaftlichen Anlagen wurden entsprechend ihrer Zweckbestimmung in dem festgelegten Umfang ordnungsgemäß ausgebaut. Die Pflichten zu ihrer laufenden Unterhaltung sind auf die Unterhaltungspflichtigen übergegangen.

Da somit weder Ansprüche der Beteiligten noch sonstige Angelegenheiten vorhanden sind, die im Flurbereinigungsverfahren hätten geregelt werden müssen, war das Verfahren durch Schlussfeststellung abzuschließen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Schlussfeststellung kann innerhalb eines Monats Widerspruch erhoben werden, Die Frist beginnt mit dem 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung.

Der Widerspruch ist beim

Landesamt für Ländliche Entwicklung,
Landwirtschaft und Flurneuordnung,
Dienstszitz Fürstenwalde
Rathausstraße 6
15517 Fürstenwalde

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Gegen die Schlussfeststellung steht auch dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft der Widerspruch an die obere Flurbereinigungsbehörde zu.

Groß Glienicke, den 25.11.2014

*Im Auftrag
Großelindemann
Referatsleiter Bodenordnung*

Siegel

¹ FlurbG in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S.2794)